BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag 05.11.2026
21. Wahlperiode

Antrag der Fraktion der CDU

Aktuelle Stunde

Studieren ohne Angst: Jüdische Studenten schützen – Antisemitismus an Bremens Hochschulen entschieden entgegentreten

Begründung:
Die aktuelle Berichterstattung über „Intifada“-Parolen an der Universität Bremen wirft dringende Fragen zum Schutz jüdischer Studenten auf. Das Verwaltungsgericht Bremen hat mit Beschluss vom 27. Oktober 2026 die Studierendenschaft verpflichtet, bestimmte Veranstaltungsplakate und Online-Beiträge mit dem arabischen Begriff „Studierenden-Intifada“ zu entfernen. Ausschlaggebend für die gerichtliche Abwägung war, dass dieser Slogan jüdische Studenten erheblich einschüchtern und faktisch vom hochschulpolitischen Diskurs ausschließen kann. Der Vorgang war auch in der Folgewoche Anlass regionaler und überregionaler Berichterstattung sowie der parlamentarischen Beratung im Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung am 4. November 2026.

Der Vorgang wirft zudem die Frage auf, warum die Universitätsleitung trotz der bereits bekannten Sorgen jüdischer Studenten nicht früher auf die Entfernung der umstrittenen Werbung hingewirkt hat. Zwar hatte die Rektorin im Vorfeld Auflagen für die Veranstaltung erteilt und auf die Verantwortung des AStA hingewiesen. Dennoch musste erst ein Student eine gerichtliche Entscheidung zur Entfernung der betreffenden Plakate und Online-Beiträge erwirken. Jüdische Studenten müssen an Bremens Hochschulen ohne Angst lernen, forschen und ihre Meinung vertreten können. Eine Studierendenvertretung trägt Verantwortung für alle Studenten. Dass ein Student gerichtlichen Rechtsschutz gegen die Werbung seiner eigenen Vertretung in Anspruch nehmen musste, gibt Anlass, die Wirksamkeit der bestehenden Beschwerdewege und Schutzmaßnahmen zu hinterfragen.

Susanne Grobien, Frank Imhoff, Claas Rohmeyer,
Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU